

Presseinformation

Vor der Bundestagswahl: Parteien erkennen Potenzial von ökonomischer Bildung zur Lösung der großen Herausforderungen unserer Zeit

Düsseldorf, 20. September 2021 – Am 26. September wählt Deutschland einen neuen Bundestag. Welche Rolle spielt die ökonomische Bildung in den Programmen der Parteien? Diese Frage stellte das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland e. V. (BÖB) Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und SPD im Vorfeld dieser richtungsweisenden Wahl. Die Antworten dokumentieren einen ideologischen Spannungsbogen zwischen nationaler Strategie, Schulfach Wirtschaft und Ländersache.

Grundlegendes Fazit aus den Antworten von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und SPD ist: Alle Parteien sprechen der ökonomischen Bildung eine wichtige Rolle als Basis für mündige Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger und zur Lösung der großen Herausforderungen unserer Zeit zu. Insofern besteht Einigkeit darin, dass ökonomische Bildung in Deutschland gefördert werden muss. Hinsichtlich der Zuständigkeiten und konkreten Ziele sind jedoch unterschiedliche Auffassungen erkennbar. Die **Wahlprüfsteine** des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland und die Antworten der Parteien lesen Sie [hier](#) und am Ende dieses Dokuments.

Deutschland hat Nachholbedarf in Sachen ökonomische Bildung – das zeigt die [OeBiX-Studie](#) des Instituts für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg im Auftrag der Flossbach von Storch Stiftung. „Wir können die Parteien nur darin bestärken, die ökonomische Bildung und deren Verankerung in der Schule und auch in der Lehrkräfteaus- und -weiterbildung in der kommenden Legislaturperiode mit Priorität zu behandeln. Sie ist der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit und Teilhabe und trägt damit zur Stärkung der Gesellschaft und Wirtschaft bei“, so **Verena von Hugo**, Co-Vorsitzende des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland.

Sven Schumann, Co-Vorsitzender des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland, sieht in der ökonomischen Bildung einen notwendigen Bestandteil moderner Allgemeinbildung und betont, dass dieser zudem eine große Bedeutung bei der Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit zukommt. „Ökonomische Kompetenzen sind ein Teil der Lösung, wenn es um die Finanzierung der nachhaltigen Transformation der Wirtschaft oder um die Zukunftssicherung unseren sozialen Sicherungssystemen geht. Dieses Potential wird nun zunehmend von den Parteien erkannt.“

„Lehrerinnen und Lehrer sind die tragende Säule, wenn es um die Vermittlung von Zukunftskompetenzen in unserem Land geht“, so **Jürgen Böhm**, BÖB-Vorstandsmitglied, Bundesvorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR) und Vizepräsident des Deutschen Lehrerverbands (DL). „Dafür verdienen sie nicht nur ideellen Respekt und Anerkennung, sondern auch die notwendige materielle Unterstützung. Der DigitalPakt Schule war ein Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen diesen nun konsequent weiterentwickeln, wenn die Schule der Zukunft die an sie gestellten Erwartungen erfüllen soll. Von einer verbesserten Digitalisierung an den Schulen würde auch die ökonomische Bildung profitieren.“

Über das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB) ist eine gemeinnützige Initiative von Lehrkräften, Verbänden, Wissenschaft und Wirtschaft. Es setzt sich für eine Verankerung ökonomischer Bildung in allen weiterführenden Schulen in Deutschland ein – in angemessenem Umfang, auf fundierte und objektive Weise vermittelt und verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler. Dazu macht sich die Initiative für eine bessere fachbezogene Qualifizierung der Lehrkräfte stark und vernetzt alle relevanten Akteure der ökonomischen Bildung in Deutschland untereinander. Aktuell unterstützen mehr als 70 überwiegend institutionelle Mitglieder das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland.

Internet und Hashtags

boeb.net

#BOEB_NET

#ökonomischeBildung

Pressekontakt

Sonja Kehr

Pressesprecherin

E-Mail: presse@boeb.net

Telefon: 0 211 – 385 85 99

Die Wahlprüfsteine des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland und die Antworten der Parteien im Überblick

1. Eine nationale Strategie für ökonomische Bildung in Deutschland

Wie stehen Sie zur Idee, gemeinsam mit den Bundesländern und der Kultusministerkonferenz entsprechend einer Empfehlung der OECD auf die Entwicklung einer nationalen Strategie für Finanzbildung bzw. ökonomische Bildung in Deutschland hinzuwirken?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Finanzwissen und ökonomisches Wissen ist heute auch im Alltag wichtig und wirkt sich positiv auf Finanzentscheidungen aus. Ökonomische Bildung ist für uns GRÜNE dabei mehr als ein Schulfach „Wirtschaft“. Wir setzen darauf, dass ökonomische Zusammenhänge, die eigene Rolle als Konsumierende oder Produzierende sowie Verbraucherschutz- und Nachhaltigkeitsaspekte in verschiedenen Fächern altersgerecht thematisiert werden. Anhand von Alltagsfragen von Kindern und Jugendlichen können dann auch zentrale gesellschaftliche Herausforderungen, wie finanzielle Stabilität, Ungleichheit sowie ökologische und allgemeine Nachhaltigkeit, thematisiert werden. Im Wirtschaftsunterricht in der Schule oder für Finanzbildungskurse wird heute noch oft auf Lehrmaterialien aus der Industrie selbst zurückgegriffen. Hier kann es Interessenkonflikte geben. Systematische Evaluation und Qualitätssicherung für Kurse und Materialien gibt es somit nicht. In einer nationalen Strategie könnten diese Probleme angegangen werden.

Antwort der CDU/CSU

Die Zuständigkeit für die Bildungspolitik, insbesondere für die Lehr-/Bildungspläne und den Fächerkanon, liegt allein bei den Ländern. Daran halten CDU und CSU fest. Bei der ökonomischen Bildung handelt es sich zudem nicht nur um eine Aufgabe der allgemeinbildenden und der beruflichen Schulen. Auch die Sozialpartner sind aufgefordert, sich mit ihren Kompetenzen an der ökonomischen Bildung zu beteiligen.

Antwort der FDP

Finanzwissen und ökonomische Bildung sind die Grundlage für mündige Finanzentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger, vermeiden Überschuldung und helfen dabei, finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. Der sichere Umgang mit Verträgen und Anlagemöglichkeiten ist insbesondere für junge Menschen ebenso wichtig, wie ein grundlegendes Verständnis der Waren- und Kapitalströme der Wirtschaftssysteme in unserer globalisierten Welt. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine bundesweite Einführung eines Schulfaches Wirtschaft ein. An zu vielen deutschen Schulen werden noch immer keine ausreichenden wirtschaftlichen Grundkenntnisse vermittelt, obwohl diese heutzutage längst wie Rechnen, Lesen und Schreiben zum Basiswissen gehören sollten. Wir wollen den Schülerinnen und Schülern Kenntnisse über unser Wirtschaftssystem mit auf den Weg geben und ihren Gründergeist sowie die Innovationsfreude schon im Schulalter fördern. Die von der FDP mitgetragene Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen ist mit der Einführung des Schulfaches Wirtschaft bereits vorangegangen. Diesem Beispiel sollten alle weiteren Länder folgen. Für eine bundesweite Einführung des Schulfaches Wirtschaft braucht es dann auch eine gemeinsame Strategie der Länder und qualitativ hochwertige Standards.

Antwort der SPD

Die SPD setzt sich für starke öffentliche Bildungseinrichtungen ein und insbesondere für Ganztagschulen, die mehr Zeit und Raum für gemeinsames Lernen bieten können. Hierzu gehört auch die Projektförderung über den reinen Lehrplan hinaus. In diesem Rahmen kann beispielsweise auch ökonomische Bildung aufgegriffen werden. Wir wollen Räume für fächerübergreifenden Kompetenzerwerb und das Denken in Zusammenhängen öffnen.

2. Stärkung der ökonomischen Bildung im allgemeinbildenden Schulwesen

Wie werden Sie die Bundesländer sowie die Kultusministerkonferenz, zu deren Aufgaben es gehört, zwischen den Bundesländern ein Höchstmaß an Mobilität zu sichern und zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland beizutragen, bei der Stärkung der ökonomischen Bildung unterstützen?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE setzen uns für einen kooperativen Bildungsföderalismus ein, in dem Bund, Länder und Kommunen gemeinsam für gerechte Bildungschancen, ein Höchstmaß an Mobilität und Vergleichbarkeit sowie qualitativ hochwertige Bildungsangebote entlang der gesamten Bildungskette sorgen. Wir wollen vergleichbare Lehrinhalte und Schulabschlüsse in ganz Deutschland erreichen und halten den von der Kultusminister*innenkonferenz eingeschlagenen Weg gemeinsamer Bildungsstandards und Aufgabenpools für richtig. Diesen Weg wollen wir auch mit Blick auf eine Stärkung der ökonomischen Bildung im ganzheitlichen Sinne fortsetzen.

Antwort der CDU/CSU

Es ist Aufgabe der Länder, für eine ökonomische Grundbildung in Deutschland Sorge zu tragen. Gleichwohl gibt es Einzelthemen, wie die Berufsorientierung und die Stärkung des Unternehmergeistes, die der Bund aufgrund deren gesamtstaatlicher Bedeutung unterstützt. So fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie das Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT, indem es Betriebe, Schulen und Verlage mit dem Preis „Das hat Potenzial!“ auszeichnet. Positivbeispiele im Bereich der Berufsorientierung oder der digitalen Bildung erfahren so als Good-Practice-Beispiele bundesweite Bekanntheit. Außerdem fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem bundesweiten Online-Wettbewerb JUGEND GRÜNDET Schülerinnen und Schüler, eigene Geschäftsideen zu entwickeln, in einem virtuellen Planspiel umzusetzen und zu testen. Des Weiteren unterstützt das Ministerium das Projekt „Curriculum und Professionalisierung der finanziellen Grundbildung“. Ziel ist es, ein Curriculum für den Bereich „Finanzielle Grundbildung“ zu entwickeln und im Programm Alphabetisierung und Grundbildung zu verankern. Darüber hinaus engagiert sich die Bundeszentrale für polit. Bildung im Bereich der ökonomischen Bildung.

Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine bundesweite Einführung des Schulfaches Wirtschaft ein. Dabei wollen wir uns am Beispiel der von der FDP mitgetragenen Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen orientieren. Ein Schulfach Wirtschaft wird die ökonomischen Grundkompetenzen von Schülerinnen und Schülern erheblich verbessern und damit den Weg in finanzielle Unabhängigkeit ebnen. Für eine flächendeckende Einführung des Schulfachs Wirtschaft setzen wir auf bundesweit einheitliche und ambitionierte Bildungsstandards.

Antwort der SPD

Die SPD will die Möglichkeiten durch die erfolgte Änderung des Grundgesetzes nutzen und mehr Kooperationen von Bund und Ländern bei der Bildungsfinanzierung schaffen. Maßgebend ist für uns in diesem Bereich der Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse. Durch bundesweite Standards wollen wir die Qualität der Bildung besser absichern und besser vergleichbar machen. Sie sind die Grundlage dafür, dass in Schulen zentrale Abschlussprüfungen durchgeführt werden können.

3. Förderung von Finanzwissen und anderer Bereiche der ökonomischen Bildung

Laut Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Blackbox Finanzwissen“ belaufen sich die vom Bund bereitgestellten Mittel zur Förderung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung auf jährlich rund 350.000 Euro. Welche Projekte, in welchem Umfang, werden Sie zusätzlich fördern?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Über den konkreten Mitteleinsatz entscheidet der künftige Deutsche Bundestag im Rahmen seiner Haushaltsgesetzgebungskompetenz. Solange zukünftig verfügbare Mittel und Projekte nicht bekannt sind, kann hier keine konkrete Festlegung erfolgen. Entscheidende Kriterien für eine Auswahl sind für uns GRÜNE aber unter anderem, dass sich Lehrmaterialien und -inhalte ausgewogen und am Gebot der Kontroversität orientieren. Positionen und Argumente müssen die Vielfalt in den wissenschaftlich-politischen Debatten aufzeigen. Interessenkonflikte der Anbieter dürfen nicht zu Verzerrungen oder Überbetonung einzelner Perspektiven und Positionen führen. Diese Kriterien sind bei einem Teil der heute zur Verfügung stehenden Materialien nicht gegeben.

Antwort der CDU/CSU

Die unionsgeführte Bundesregierung hat in der laufenden Legislaturperiode Finanzwissen und ökonomische Bildung vielfältig gefördert. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode prüfen, welche zusätzlichen Fördermaßnahmen erforderlich sind.

Antwort der FDP

Die Stärkung ökonomischer Bildung in Schulen ist für uns Freie Demokraten ein wichtiges Anliegen. Neben der bundesweiten Einführung des Schulfachs Wirtschaft wollen wir daher auch weiterhin Projekte zur Förderung von Finanzwissen stärken und noch weiter ausbauen.

Grundsätzlich fordern wir, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren. Dazu sollen sich Bund und Länder unter Einbeziehung der Kommunen in einem Staatsvertrag verpflichten. Das ermöglicht zusätzliche Investitionen von rund 2,5 Milliarden Euro in den Bildungssektor, die für die umfassende Modernisierung unseres Bildungssystems dringend notwendig sind.

Antwort der SPD

Die SPD setzt sich seit vielen Jahren für die auskömmliche Finanzierung der Bundeszentrale für politische Bildung ein. Sie fördert im Rahmen ihrer Tätigkeiten auch das Wissen über ökonomische Bildung.

4. Beteiligung Deutschlands am PISA Financial Literacy Assessment

In den Jahren 2012, 2015 und 2018 hat sich Deutschland nicht am PISA Financial Literacy Assessment, einer internationalen Vergleichsstudie der OECD zur finanziellen Allgemeinbildung, beteiligt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland in Zukunft an dieser oder ähnlichen Studien teilnimmt?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE unterstützen nationale und internationale Vergleichsstudien im Bildungsbereich, da diese wichtige Erkenntnisse über Kompetenzen, Leistungsstände und Lernerfolge für die Bildungspraxis liefern und damit eine wichtige Grundlage für evidenzbasierte bildungspolitische Entscheidungen darstellen. Die konkrete Entscheidung über die Teilnahme an entsprechenden Vergleichsstudien der OECD trifft aufgrund der Kultushoheit der Länder die Kultusministerkonferenz.

Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU begrüßen generell die Teilnahme an Vergleichsstudien, wenn hierfür die notwendigen Voraussetzungen und Ressourcen gegeben sind. Vergleichsstudien können für politische Entscheider in den Kultusministerien wichtige Hinweise enthalten, ob und welche Reformmaßnahmen in den Schulen eingeleitet werden sollten.

Antwort der FDP

Bisherige Studien deuten darauf hin, dass viele junge Menschen über keine oder nur wenige Kenntnisse ökonomischer Grundlagen klagen. Eine Teilnahme Deutschlands am PISA Financial Literacy Assessment kann sinnvoll sein, um den Stand ökonomischer Bildung von Schülerinnen und Schüler festzustellen.

Antwort der SPD

Eine starke Bildungsforschung ist der SPD im nationalen und internationalen Rahmen natürlich ein wichtiges Anliegen. Vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen muss hier die Bundesregierung jedoch Prioritäten wählen.

5. Bundeszentrale für ökonomische Bildung

Die Maßnahmen zur Förderung der ökonomischen Bildung auf Bundesebene sind bisher in verschiedenen Ministerien verankert. Wie stehen Sie zu der Idee, ergänzend zur Bundeszentrale für politische Bildung eine Bundeszentrale für ökonomische Bildung einzurichten, in der die Aktivitäten gebündelt werden?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir befürworten eine Bündelung der bestehenden Maßnahmen und Aktivitäten zur Stärkung der ökonomischen Bildung, um deren niedrighschwellige Zugänglichkeit und Effektivität sowie die Transparenz der Lehrangebote und -inhalte im Sinne der Bildungsteilnehmenden zu steigern. Fragen der Finanzwirtschaft und ökonomische Zusammenhänge sind aus unserer Sicht untrennbar mit Politik verbunden. Die Bundeszentrale für politische Bildung kann einen wertvollen Beitrag leisten, um diese Zusammenhänge gut aufzubereiten und entsprechend hochwertige Materialien zur Verfügung stellen. Wir GRÜNE wollen die Bundeszentrale für politische Bildung in ihrer Unabhängigkeit stärken und so ausstatten, dass sie ihr vielfältiges Angebot zu allen gesellschaftlich, politisch und ökonomisch relevanten Fragen aufrechterhalten und ausbauen kann.

Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU sehen keinen Bedarf, zusätzliche Institutionen zu schaffen.

Antwort der FDP

Wir halten die bundesweite Einführung eines Schulfachs Wirtschaft für den am besten geeigneten Weg, Schülerinnen und Schülern bereits in jungen Jahren wichtige ökonomische Kompetenzen zu vermitteln. Die Kultusministerkonferenz sollte sich dabei auf bundesweit einheitliche und hochwertige Standards der Lehre verständigen.

Antwort der SPD

Siehe hierzu Antwort auf Frage 3

VONEINANDER LERNEN
MITEINANDER GESTALTEN

